



Bundesministerin für  
Frauen, Familie, Integration und Medien

[bundeskanzleramt.gv.at](https://bundeskanzleramt.gv.at)

**MMag. Dr. Susanne Raab**  
Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration  
und Medien

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrats  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.573.284

Wien, am 28. September 2023

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Krisper, Kolleginnen und Kollegen haben am 3. August 2023 unter der Nr. **15873/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Geguälter Bub – wo bleiben konkrete und systematische Reflexion und Konsequenzen?“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 24:**

1. *Wann und auf welche Weise haben Sie von dem oben geschilderten Fall des im Waldviertel von seiner Mutter mutmaßlich gequälten Buben erfahren?*
2. *Welche Maßnahmen ergriff welche Stelle in Ihrem Ressort in dem konkreten Fall wann?*
3. *Welches Vorgehen ist durch welche Stelle in Ihrem Ressort in einem derartigen Fall vorgesehen?*
4. *Wurde das Vorgehen im konkreten Fall evaluiert?*
  - a. *Wenn ja, mit welchem Ergebnis?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht?*

5. *Wie werden öffentliche Äußerungen bei solchen medienwirksamen Fällen abgestimmt? Welche Koordinationsarbeit wird von wem geleistet, um ein einheitliches und effizientes Vorgehen zu ermöglichen?*
6. *Wie wurden öffentliche Äußerungen in diesem Fall abgestimmt? Welche Koordinationsarbeit wurde von wem geleistet, um ein einheitliches und effizientes Vorgehen zu ermöglichen?*
7. *Wurde das Vorgehen bzgl. der Kommunikation im konkreten Fall evaluiert?*
  - a. *Wenn ja, mit welchem Ergebnis?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht?*
8. *Welche Vorgaben gibt es seitens Ihres Ministeriums für die Äußerung von Polizei, Landesregierungen, Kinder- und Jugendhilfe und Bildungsdirektionen?*
9. *Inwiefern ist das Vorgehen an sich und war in diesem konkreten Fall koordiniert?*
10. *Inwiefern war es für Aufklärung dieses Falles förderlich, dass Behörden Antworten verweigerten?*
11. *Laut den bis dato vorliegenden Informationen gibt es Hinweise auf ein Behördenversagen, da es bereits Hinweise von der Schule und dem Spital gab, wonach der Bub Opfer von Gewalt in der Familie wird, diesen Hinweisen wurde jedoch nicht ausreichend nachgegangen. Wurde das Vorgehen der Behörden im konkreten Fall evaluiert?*
  - a. *Wenn ja, mit welchem Ergebnis?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht?*
12. *Welche Maßnahmen wurden daher wann getroffen, um solche Fälle in Zukunft zu verhindern?*
13. *Ist geplant, die Ressourcen der Kinder- und Jugendhilfe oder sonstiger zuständiger Stellen aufzustocken, um eine ausreichende personelle Betreuung solcher Fälle gewährleisten zu können?*
  - a. *Wenn ja, welche Maßnahmen werden in welcher Behörde und in welchem Zeitrahmen gesetzt/ sind vorgesehen, um mehr Ressourcen zu schaffen?*
  - b. *Wenn nein, wieso sehen Sie keinen Bedarf, hier Ressourcen zu schaffen?*
14. *Wie werden behördliche Fehler in solchen Fällen aufgearbeitet? Welches Prozedere ist vorgesehen, um eine lückenlose Aufklärung solcher Fälle zu gewährleisten?*
15. *Welche (disziplinarrechtlichen) Konsequenzen sind für solche Fälle vorgesehen?*
16. *Welche Schulungen, Fortbildungen, Sensibilisierungsworkshops oder Ähnliches gab es seit dieser Bundesregierung für den Umgang mit solchen Fällen von derartig schwerer Gewalt?*
17. *Wurde evaluiert, ob die gegebenen Maßnahmen ausreichend sind?*
  - a. *Wenn ja, mit welchem Ergebnis?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht?*
18. *Welche Maßnahmen sind daher wann geplant?*

19. *Welche Möglichkeiten des Austausches/der Kommunikation zwischen Kinder- und Jugendhilfe, Bildungsdirektionen und Polizei gibt es aktuell?*
20. *Ist geplant, einen solchen Austausch in Fällen des Kinder- und Jugendschutzes zu fördern?*
  - a. *Wenn ja, inwiefern?*
  - b. *Wenn nein, wie wollen Sie sonst ein besseres, schnelleres Vorgehen und eine effiziente Zusammenarbeit zwischen den genannten Institutionen ermöglichen?*
21. *Sind Sie mit den zuständigen Behörden in Niederösterreich bezüglich dieses Falles im Austausch?*
  - a. *Falls ja: wie erfolgte dieser Austausch? Bitte um genauer chronologische Schilderung.*
  - b. *Falls nein: wieso nicht?*
22. *Welchen Austausch gibt es aktuell zwischen Ihrem Ressort und den Ländern im Hinblick auf den Kinder- und Jugendschutz? Welche behördlichen Stellen arbeiten hier zusammen?*
23. *Inwiefern soll der Austausch zwischen Ihrem Ressort und den Ländern als Trägern der Kinder- und Jugendhilfe nun verbessert werden, um eine koordiniertere Zusammenarbeit zu ermöglichen?*
24. *Gibt es allgemein einen Austausch zwischen dem Ministerium und den zuständigen Behörden der Länder, in dem Fälle wie dieser aufgearbeitet werden und gemeinsam Präventionskonzepte erstellt werden?*
  - a. *Falls ja: bitte um Beschreibung.*
  - b. *Falls nein: wieso nicht?*

Mit 1. Jänner 2020 trat die Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) Novelle, BGBl. I Nummer 14/2019, in Kraft, mit der die Gesetzgebungskompetenz für die Angelegenheiten der Kinder- und Jugendhilfe zur Gänze den Ländern übertragen wurde. All diese Fragen betreffen die Vollziehung der Kinder- und Jugendhilfe und fallen daher in die ausschließliche Zuständigkeit der Länder.

**Zu den Fragen 25 und 26:**

25. *Gab es anlässlich dieses Falles einen Austausch innerhalb der Plattform "Gewalt in der Familie"?*
  - a. *Falls ja: welche Maßnahmen wurden ergriffen?*
  - b. *Falls nein: warum nicht?*
26. *Ein Ziel der Plattform ist laut Website des Bundeskanzleramtes die "Entwicklung von Präventionskonzepten" und "Öffentlichkeitsarbeit ". Inwiefern arbeitet die Plattform in diesen Bereichen mit Ihnen zusammen? Welche Form des Austausches gab/ gibt es hier? In welcher Regelmäßigkeit?*

Die Vernetzungstreffen der Plattform gegen Gewalt in der Familie dienen dem Austausch und der verbesserten Zusammenarbeit. Die Behandlung von Einzelfällen zählt nicht zu den Aufgaben, da für die Angelegenheiten der Kinder- und Jugendhilfe zur Gänze die Länder zuständig sind. Im Rahmen der Plattform gegen die Gewalt in der Familie wird die regionale und österreichweite Vernetzung der in den Bereichen

- Gewalt gegen Kinder (z.B. Kinderschutzzentren)
- Gewalt gegen Frauen (z.B. Frauenhäuser/-beratungsstellen/-Notrufe)
- Gewalt an/unter Jugendlichen (Beratungsstellen/Jugendzentren)
- Gewalt gegen ältere Menschen (z.B. Träger von Heimen)
- geschlechtersensible Burschen-/Männerarbeit (z.B. Männerberatungsstellen)

tätigen 44 Vereine gefördert und Projekte zur verbesserten Prävention und Intervention finanziert.

Die Zusammenarbeit mit dem Bundeskanzleramt besteht darin, dass die Plattform gegen Gewalt in der Familie spezifische Kooperationsstrukturen mit verschiedenen Berufsgruppen herstellt und über Veranstaltungen regionale und lokale Netzwerke verstärkt. Die Mitgliedsorganisationen der Plattform haben mit ihren Schulungen, Tagungen, Seminaren und Workshops Bewusstsein und Haltung in der Fachwelt, aber auch die öffentliche Diskussion zum Thema häusliche Gewalt mitgeprägt und zur Enttabuisierung in ganz Österreich wesentlich beigetragen. Das Bundeskanzleramt veranstaltet gemeinsam mit den Mitgliedsorganisationen zweimal jährlich stattfindende zweitägige Vernetzungstreffen, die jeweils aktuellen inhaltlichen Themen gewidmet sind und darüber hinaus der Vernetzung der Mitgliedsorganisationen dienen.

**Zu den Fragen 27 und 28:**

*27. Inwiefern ist die Plattform gegen "Gewalt in der Familie" in die Zusammenarbeit zwischen Ihnen und den in den Bundesländern zuständigen Behörden eingebunden?*

*28. Inwiefern sind die Kinder- und Jugendhilfeträger in die Zusammenarbeit mit der Plattform gegen "Gewalt in der Familie" eingebunden?*

Die Zusammenarbeit der Plattform mit dem Bundeskanzleramt und den zuständigen Behörden in den Bundesländern sowie den Kinder- und Jugendhilfeträgern besteht darin, dass sich die geförderten Regionalprojekte an Pädagoginnen und Pädagogen in Kindergärten und Schulen, Fachkräfte in Gesundheitsberufen sowie Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen als wichtige Zielgruppen richten. Ihnen werden Fachtagungen, Schulungen und Informationsmaterialien angeboten, damit sie gewaltbedingte

Verletzungen und Krankheiten als solche erkennen und Gefährdungsmeldungen an die Kinder- und Jugendhilfe erstatten bzw. an Opferschutzeinrichtungen verweisen.

**Zu den Fragen 29 und 30:**

*29. Inwiefern kann die Zusammenarbeit mit der Plattform gegen "Gewalt in der Familie" verbessert werden?*

*30. Welche Maßnahmen kann die Plattform "Gewalt in der Familie" treffen, um solche Fälle in Zukunft zu verhindern?*

Die Diversität der Mitgliedsorganisationen ist eine besondere Stärke der Plattform gegen Gewalt in der Familie, weil sie ein hohes Maß an interdisziplinärem Denken ermöglicht und es erlaubt, dass die Perspektiven und Erfahrungen aus verschiedenen Gewaltbereichen wirksam werden können. Die jährlichen Vernetzungstreffen dienen der laufenden Verbesserung der konkreten Kooperationsstrukturen, die von allen Akteuren stark befürwortet werden. Die Plattform gegen die Gewalt in der Familie ist bemüht, die Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch der Kooperationspartner laufend zu verbessern.

**Zu Frage 31:**

*31. Aktuell sind 45 Organisationen an der Plattform gegen "Gewalt in der Familie" beteiligt. Wie hat sich die Anzahl der an der Plattform "Gewalt in der Familie" beteiligten Organisationen in den letzten 5 Jahren geändert? Ist geplant, Initiativen für die Ausweitung der teilnehmenden Organisationen zu schaffen?*

*a. Wenn ja, wann inwiefern?*

*b. Wenn nein, wieso wird dafür kein Bedarf gesehen?*

Aktuell sind 44 Organisationen an der Plattform gegen die Gewalt in der Familie beteiligt. Bis zum Förderjahr 2019 gehörten der Plattform 45 Organisationen an. Der Verein Caritas der Diözese Eisenstadt ist im Jahr 2020 wegen fehlender personeller Kapazitäten aus der Plattform ausgeschieden. Eine Ersatzorganisation für den Bereich „Gewalt gegen ältere Personen“ wird noch gesucht. Eine Aufnahme weiterer Organisationen ist vom Bundeskanzleramt derzeit nicht geplant, da für die fünf Gewaltbereiche in jedem Bundesland nur eine Organisation koordinierend tätig sein soll.

